

Berichte

Geschichte der Arbeiterbewegung, von unten erlebt.
Arbeiterbewegung und Arbeiterleben im 20. Jahrhundert.
Tagung am 8./9. Dezember 2006 in Berlin¹

Berthold Petzinna

Den Auftakt der Tagung bildete am 7. Dezember ein Filmabend im Kino Babylon in Berlin-Mitte, dessen Programm *Günter Agde* zusammengestellt hatte und kommentierte. Unter dem Titel „Von unten gesehen. Arbeiter in Ost und West 1945-1950“ wurden Filme unterschiedlicher Länge (fünf bis 26 Minuten) aus Besatzungszeit und früher BRD bzw. DDR gezeigt, die mit alltags- bzw. produktionsorientierter Thematik verschiedene Aspekte des Konferenzgegenstandes vor Augen führten.

Am Freitag, dem 8. Dezember, eröffnete *Dietrich Mühlberg* den ersten Themenblock „*Arbeiterbewegung und Arbeiter-Alltag*“ mit einer biographisch angelegten Einführung, die unterschiedliche Dimensionen der Thematik und ihrer wissenschaftlichen Bearbeitung anriß.

Roland Gröschel (Neu-Zittau) wandte sich in seinem Beitrag über „Das Engagement in Arbeiterjugend-Organisationen in der Weimarer Republik – Bestandteil von Lebensgeschichten“ einer Übersicht zu, die Erfahrungen und Prägungen von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der Kommunistischen Jugend Deutschlands (bzw. des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands; KJ) in ihrem jugendlichen Engagement resümierte. Der Referent unterschied neun Erfahrungsfelder für einen vergleichenden Blick. Generell bewertete er die innerorganisatorischen Strukturen in der SAJ als offener und dialogischer angelegt als in der KJ. Wengleich beide Gruppierungen in einem angespannten und konfrontativen Verhältnis zueinander standen, bestand durch Berührungspunkte in vielen Bereichen ein Bedürfnis nach Annäherung. Das neuerdings wieder häufiger angewandte Generationenmodell erwies sich auch an diesem Gegenstand als problematisch. Als lebensgeschichtlich bedeutsam erkannte Gröschel nicht inhaltliche Momente, wohl aber eine deutliche habituelle Prägung der ehemaligen Aktivisten.

Im Beitrag von *Hartmut Simon* (Berlin) zu „Arbeiterleben und Gewerkschaftsarbeit (1919-1933) aus archivalischer Sicht“ rückten Quellenfragen in den Vordergrund, ein Schwerpunkt, der auch in vielen anschließenden Vorträgen betont wurde. Die Bestände des ver.di-Archivs eröffnen mit ihrem organi-

¹ Das Jahrbuch wird außer den in diesem Heft publizierten weitere auf der Konferenz gehaltene wie auch andere Beiträge zu diesem Thema veröffentlichen. – Die Red.

sationsgeschichtlichen Schwerpunkt der Sammlungen aber nur wenig direkten Zugang zu einzelnen Mitgliedern. Das gesammelte Verwaltungs-Schriftgut ist perspektivisch anders angelegt. Allerdings gewähren Kassen-Bücher, Arbeitslosen-Statistiken, Wort-Protokolle und einzelne biographische Quellen dennoch Einblick in den Alltag des Arbeiterlebens.

Günter Benser (Berlin) zeigte in seinem Vortrag „Das Sport- und Kulturkartell von Heidenau und Umgebung (1926-1933). Wie Arbeitervereine die Kultur der Kommunen prägten“ die Fruchtbarkeit eines lokalgeschichtlichen Zugangs in die Thematik. Die Quellenvielfalt zur Ortsgeschichte, wie Pläne zu Kulturbauten, vermittelte ein facettenreiches Bild von Aktivitäten und Milieus des Arbeiterlebens, das gerade in dieser mikrogeschichtlichen Perspektive Kontur gewann. Heidenau war, wie der Referent hervorhob, der Wahlkreis von Otto Rühle.

In *Carsten Voigts* (Leipzig) Beitrag „Die antifaschistische Aktion 1932 an der SPD- und KPD-Basis. Gemeinsamkeiten und Brüche“ lag der Schwerpunkt auf den Widersprüchen zwischen Basis und Führung. Als fruchtbare Quelle für den Nachvollzug dieser inneren Spannungen erwiesen sich hier parteiinterne Instruktionsberichte.

Gunter Willing (Halle) eröffnete mit „Spuren autonomer Initiativen in der frühen Arbeiterschaft Thailands“ einen außereuropäischen Horizont. Vor dem Hintergrund eines ersten Streiks in Bangkok 1922/23 bot der Referent einen Einblick in die Formierungsschwierigkeiten der Arbeiterbewegung in einer Gesellschaft, in der der Arbeiter-Begriff hochgradig negativ besetzt und die Arbeiterschaft überdies ethnisch geteilt war.

In der abschließenden Diskussion zu diesem ersten Themenblock wurde angesichts der Zurückdrängung des Themas Arbeiterkultur in der universitären Forschung – auch der Rückzug des DGB aus diesem Forschungsfeld wurde hier bedauert – und des wegen des deutlichen Mangels an Unterlagen zum Arbeiteralltag begrenzten Nutzens des Archivmaterials die verstärkte Sammlung personennahen Materials angeregt.

Das anschließende Podiumsgespräch zu „*Alltagserfahrungen im Widerstand gegen das Naziregime 1933-1945*“ eröffnete *Horst Helas* (Berlin) mit einem Vortrag über „Häftlingsbriefe aus deutschen Gefängnissen 1934-1945“. Wie eingangs bereits Dietrich Mühlberg warnte auch Helas vor einer unkritischen Übernahme der Erinnerungen von Akteuren. An mehreren Beispielen verdeutlichte der Referent die erforderliche quellenkritische Sicht auf Gefängniskorrespondenz: der mitlesende Zensor ist stets als Dritter beim Schreiben gegenwärtig. Dies in Rechnung gestellt, eröffnen die Briefe einen Blick auf Gefängnisleben als „Alltag“.

Eine andere Quellengattung thematisierte *Gerhard Kaiser* (Berlin) in seinem Vortrag „Aus Zeitzeugenberichten im Thüringer VVN-Archiv“. Von der VVN in der sowjetischen Besatzungszone 1949 und 1950 an ihre Mitglieder versandte Fragebögen zu Widerstandserfahrungen erbrachten oft ausführliche Rückantworten. Gelegentlich in Familienbesitz befindliche Briefe, auch „letzte Briefe“ traten hinzu. Berücksichtige man zeitbedingte Verzerrungen, so seien diese

Akten ein wertvoller Quellenbestand. 95 Prozent des Materials stamme von Arbeitern, Handwerkern und sonstigen Angehörigen sogenannter „bildungsferner Schichten“. Neben überregionalen Verbindungen belegten die Unterlagen die Verankerung des Widerstands im Alltag, wobei die Vernetzungen nicht zentral gesteuert, sondern auf landsmannschaftlicher und persönlicher Basis entstanden seien. Deutliche Kritik übte der Referent an der Behandlung des Themas in der DDR – Wegschließen, Verschweigen, SED-Blockaden und Einschüchterung.

Einem anderen Aspekt des Widerstands widmete sich *Ulla Plener* mit dem „Frauenalltag in der französischen Résistance“. Sie nahm 132 Frauen der Jahrgänge 1900 bis 1913 aus Arbeiterfamilien, die aus politischen und emanzipatorischen Motiven freiwillig in der Résistance tätig waren – 90 von ihnen waren Kommunistinnen – in den Blick. Die Quellen fanden sich im Bestand der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv. Die Forschung in BRD wie DDR hatte fast alle diese Frauen zuvor kaum oder gar nicht beachtet. Es entstand das Bild eines konspirativen Alltags in Einsamkeit und Denunziationsgefahr, wobei die Referentin die Solidarität der Franzosen hervorhob. Auch in der Illegalität blieb Alltagsarbeit die Sache dieser berufstätigen Frauen, häufig Mütter und Ernährerinnen ihrer männlichen Mitkämpfer. Handlungsfeld der Frauen war die Soldatenarbeit – der Versuch, deutsche Besatzungssoldaten zu beeinflussen und für die Résistance zu gewinnen. Von den betrachteten Frauen wurden 21 verhaftet, zehn von ihnen hingerichtet.

In der abschließenden Diskussion zu diesem Themenblock wurde nochmals unterstrichen, daß von einer „zentralen Leitung“ im Widerstand oder einer tragenden Rolle von „Dreiergruppen“ keine Rede sein kann, es handelt sich dabei um Zweckmythen. Bedauert wurde die relativ geringe Quellendichte zum Frauenwiderstand, auch sei Vorhandenes – wie Gestapo-Quellen – häufig unzuverlässig.

Dem Themenkomplex „*Das erste Nachkriegsjahrzehnt in Deutschland*“ galten die anschließenden Vorträge. *Evemarie Badstübner* (Berlin) widmete sich unter dem Titel „Vom Knecht zum Herrn? Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit – Erwartungen, Erfahrungen, Leistungen, Enttäuschungen“ vor allem der Bewußtseinslage der Nachkriegsarbeiterschaft, speziell deren „schweigender Mehrheit“. Infolge großer Kenntnislücken, so räumte sie eingangs ein, bleibe manches spekulativ. Durch die teils NS-loyale, teils widerständige Haltung der Arbeiterschaft sei deren Kultur- und Mentalitätsgeschichte für jenen Zeitraum nicht ausreichend erforscht. Verwaltungseingaben zu alltäglichen Lebensfragen seien als Quellen hier fruchtbar. Die starken demographischen und politischen Verwerfungen nach 1945 hätten eine ausgeprägte Nahperspektive und Versorgungsorientierung verursacht. Eine generelle Anti-NS-Perspektive bei gleichzeitiger Ausrichtung gegen Reparationen, Demontagen und Willkürmaßnahmen sowie für den Erhalt der Ostprovinzen ergäbe ein widersprüchliches Bild. Ein linkes Idealbild des

Arbeiters sei in den 1940er Jahren kaum anzutreffen. Lediglich als Produzenten seien Arbeiter treibende Kraft gewesen, statt eines neuen Arbeitsethos seien eine reservierte Haltung, Hoffnungen auf Gewerkschaften, auch konservative und modernisierungsfeindliche Einstellungen – so hinsichtlich der „Frauenfrage“ – zu beobachten gewesen. Versuche der SED, vor diesem Hintergrund politische Massenmobilisierung, Erziehungskonzepte oder eine Idealisierung des Arbeiterbildes zur Geltung zu bringen, seien lediglich bei jüngeren Adressaten auf positivere Resonanz gestoßen, bei älteren hingegen auf Distanz getroffen.

Zeitlich wie thematisch direkt schloß sich mit dem Thema „Was war in Berliner Betrieben am 17. Juni 1953 wirklich los?“ der Beitrag von *Jürgen Hofmann* (Berlin) an. Der Redner wandte sich ausdrücklich gegen eine „Königsperspektive“ sowie die Orientierung an einer geltenden „Meistererzählung“ und nannte den 17. Juni als Beispiel für solche Verirrungen, auch in der bundesdeutschen Historiographie. Das Quellenproblem sah er als für sein Thema zentral an. Unmittelbar nach dem Geschehen in den Betrieben erstellte Berichte seien fruchtbar, mit zeitlichem Abstand verfaßte Darstellungen hingegen durch eine später einsetzende politische Überformung verzerrt. Auch Meldungen der Volkspolizei hatte der Referent als Quellen hinzugezogen. Die durch den Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit inhomogene und durcheinandergewirbelte Arbeiterschaft des Jahres 1953 sah Hofmann als „Klasse in Aufruhr“ und zog bezüglich der sozialen und politischen Unzufriedenheit Parallelen zum Jahr 1989, auch hinsichtlich des Gegensatzes zwischen der Medieneinstellung und der Wirklichkeit. Dem im Ostteil Berlins herrschenden flächendeckenden Protest hätten SED und Gewerkschaften hilflos gegenüberstanden.

Hofmanns Beitrag thematisch benachbart waren die Ausführungen von *Wilfriede Otto* über die „SED-Basis zwischen Gehorsam und Auflehnung“. In der Untersuchung der z. B. durch industrielle, kulturelle und landwirtschaftliche Tätigkeiten vielfältig differenzierten und segmentierten Parteibasis sah Otto nach wie vor ein Forschungsproblem. Sie wandte sich vor diesem Hintergrund gegen eine pauschale Beurteilung der SED und verwies auf die Dynamik der Gesamtpartei nach 1946. Bereits 1948 – seit jenem Jahr sank der Arbeiteranteil in der Mitgliedschaft – gab es zahlreiche Austritte und Ausschlüsse, auch 1951 kehrten vor einer Mitgliederüberprüfung viele Genossen ihrer Partei den Rücken. Im Ergebnis habe eine „sehr große Umschichtung“ in der Partei stattgefunden. Hinzu traten Wellen der Repression, die ehemalige SPD-Mitglieder, Trotzlisten oder Westemigranten treffen konnten. Einen einheitlichen Protest gab es in der SED nicht. Dennoch ist es möglich, Dissens darzustellen. Unterlagen der Parteikontrollkommission dienen dafür als Quellen. Die Verweigerung von Beschlüssen durch Ortsgruppen 1949, Kritik am „Aufbau des Sozialismus“, Nichtbefassung mit „Lehren aus dem Slánsky-Prozeß“ oder auch Reaktionen nach dem 20. Parteitag der KPdSU wertete die Referentin als solche Signale. Opposition, so stellte sie allerdings klar, war in der SED kein positiver Wert.

In der kontroversen abschließenden Diskussion zu diesem Themenblock ging es hauptsächlich um die Frage, ob am 17. Juni 1953 von einer Handlungsfähigkeit

der unteren Parteistrukturen die Rede sein konnte. Pointiert vertrat Jürgen Hofmann die Ansicht, daß die Basisorganisationen, der Initiative entwöhnt, überfordert gewesen waren.

Am Samstag, dem 9. Dezember 2006, wurde die Tagung mit einem Podiumsgespräch über „*Die Namenlosen. Frauen in der männlich dominierten Arbeiterbewegung*“ fortgesetzt.

Zunächst referierte *Mirjam Sachse* (Kassel) über „Die Leserinnen der proletarischen Frauenzeitschrift ‚Die Gleichheit‘ (1891-1923)“. Das Organ, an dem Clara Zetkin als Redakteurin arbeitete, erreichte 1906 bei steigender Tendenz eine Auflage von 46.000 Exemplaren, doch sei die Aussagekraft der Auflagenhöhe fraglich. Bei einer insgesamt geringen Informationsdichte zu diesem Gegenstand konstatierte die Referentin, daß auf seiten der DDR gegenüber der Bundesrepublik ein Forschungsvorsprung bestanden hatte. Insgesamt sei die „Gleichheit“ als Versuch zu werten, „proletarische Frauenöffentlichkeit von oben“ zu schaffen. Direkte Belege für deren Wirkung gebe es nicht, diese könnte „nur bedingt festgemacht werden“. Wenngleich generelle Aussagen zur Rezeption nicht möglich seien, böten doch Autobiographien einen punktuellen Zugang zur Aufnahme dieser Frauenzeitschrift im Sinne einer „Geschichte von unten“. Diese stelle im Rahmen einer Zeitschriftenanalyse, so das Fazit von Sachse, „noch ein Problem dar“.

Gleichfalls einer nur schattenhaft wahrnehmbaren Frauengruppe galt *Simone Barcks* (Berlin) Vortrag „War nicht wenigstens eine Sekretärin dabei? (Bertolt Brecht). Zur Alltagsperspektive der dienstleistenden Frauen in kommunistischen Apparaten“. Dieser Personenkreis verfaßte keine Memoiren, doch enthält das Erinnerungsarchiv im SAPMO-Bestand des Bundesarchivs diverse einschlägige Texte. Barck stellte beispielhaft die Erinnerungen von fünf Frauen der Jahrgänge 1901 bis 1905 aus proletarischem Milieu vor, bei denen es sich nicht um Karrieregeschichten handelte. Die Texte, die kaum familiäre Angaben bieten, entstanden meist in den 1960er Jahren im Zuge von Befragungen zur Vorbereitung der mehrbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in der DDR. Wurden sie in Teilen veröffentlicht, so zeigten sich charakteristische Bearbeitungsspuren: Konkrete Erinnerungen entfielen zugunsten wertender Allgemeinaussagen. Das abrupte Ende eines Erinnerungstextes ließ einen externen Eingriff als möglich erscheinen. Allgemein wichen veröffentlichte Texte stark von den im Archiv verwahrten Erinnerungen ab. Diese Texte des Erinnerungsarchivs, so die Bilanz der Referentin, bilden eine bislang ignorierte Quelle der Geschichtsschreibung.

„Zwischen Emanzipation und sozialistischem Patriarchat. Frauen in der DDR“ war das Thema des anschließenden Vortrags von *Renate Ulrich* (Berlin). Als Einstieg wählte sie die Diagnose von Autoren der westdeutschen Zeitschrift „Constanze“, die 1965 den DDR-Frauen gegenüber den Frauen in der Bundesrepublik einen „Modernisierungsvorsprung“ gutschrieben hatten. 1965 stand denn auch als wesentliches Jahr für Frauen in der DDR im Zentrum der Ausführungen Ulrichs, die sich vornehmlich auf Forschungsergebnisse aus der

DDR selbst stützten. Während einerseits auf dem sogenannten „Kahlschlagplenum“ zum Jahresende bei gerügten Filmen offenbar auch die Darstellung kritischer/emanzipierter weiblicher Positionen als fundamentaler Angriff gewichtet und eine öffentliche Debatte verhindert wurde, zeitigte dieses Jahr andererseits doch auch den Auftakt zu historischer und soziologischer Frauenforschung in der DDR. Doch blieb dieser Bereich, der ab dem Folgejahr auch am Pädagogischen Institut in Leipzig untersucht wurde, marginalisiert, wurde „in Außenseiter- und Bittstellerposition“ gehalten. Die seinerzeit nicht öffentlich zu erwerbenden Hefte zur Frauenforschung stellen nach Ullrichs Ansicht weiterhin eine Fundgrube dar.

Zeitlich näher an die Gegenwart rückte die Frauenthematik mit dem Beitrag von *Ulrike Hänsch und Eva Schäfer* (beide Berlin) zu „Die LPG-Bäuerin – die Chemiarbeiterin. DDR-Alltag in Frauenerzählungen“. Den Leitfaden bildete die Vorstellung eines Bandes bearbeiteter lebensgeschichtlicher Interviews mit DDR-Frauen. Mit dem Ziel, Lebensphasen des Übergangs nach der „Wende“ darzustellen, lasen die Referentinnen aus zwei Biographien. Die Erörterung konzentrierte sich auf die Problemfelder: Bearbeitung als Verdichtung vor dem Hintergrund des Quellenwerts, Integration der Alltagseindrücke durch Erzählung des Lebens, Erzählstrukturen und Sinnbildung sowie methodische Nähe zur oral history.

Den Abschluß dieses Themenblocks bildete *Ursula Schröters* (Berlin) Vortrag über „Die Schwesterliche Verbundenheit im DFD“. Eine Einordnung des Demokratischen Frauenbundes (DFD) in das Politikmuster der DDR ergab für die Referentin, daß, insofern das Geschlechterverhältnis in der DDR-Politik keine selbständige Dimension darstellte (Bebel-Tradition), Frauenorganisationen „genaugenommen“ nicht in dieses Konzept paßten: Den DFD hätte es konzeptionell nicht geben müssen. Diese Querlagerung des aus den Antifaschistischen Frauenausschüssen hervorgegangenen DFD wirkte schon bald als Hemmschuh – traditionelle Politikstrukturen dominierten und steuerten erneut die Wahrnehmung der nicht traditionellen. Der Topos „schwesterliche Verbundenheit“ wurde daher nach Gründung des DFD nicht mehr verwendet und die Organisation zunächst aus Betrieben ferngehalten, spätere Betriebsgruppen wurden 1949 aufgelöst. Schließlich wurde der DFD durch den Kalten Krieg als überparteiliche Organisation „abgeblockt“, die Klassenfrage nunmehr vollends dominant. 1979 wurde die Einordnung der Frauenfrage in den Klassenkampf wiederum bestätigt; eine Erneuerung des DFD erfolgte erst ab 1990 durch Druck der Basisorganisationen.

In der Diskussion wurde auf die Bedeutung von Akten der Zentralen Parteikontrollkommission als biographische Quellen verwiesen, da relevante Angaben bei Mitgliederüberprüfungen abgefragt wurden.

Der anschließende Themenblock galt „*Arbeitermilieus, Betriebsleben, Schule, Freizeit*“, eröffnet von *Heinz-Gerd Hofschien* (Bremen) mit „Der langsame Wandel proletarischer Milieus in West und Ost in den 50er Jahren“. Der Vortrag stützte sich auf eine in den 90ern durchgeführte vergleichende Untersuchung der

Arbeitschaft der Bremer AG-Weser Werft und der Rostocker Neptun-Werft. Methodisch nahm die Untersuchung den Milieubegriff zum Ausgangspunkt, wobei der Referent „Milieu“ als Komplex von Erfahrungsraum, Mentalität und Habitus verstand. Als Material dienten über 60 narrative Interviews. Entgegen der vorherrschenden Ansicht erwies sich das Werftarbeitermilieu Bremens in den 50er Jahren als persistent, wozu sowohl die wenig veränderten Arbeitsabläufe als auch die geringere als gemeinhin angenommen Wohlstandsentwicklung beigetragen hätten. Eine Aushöhlung des Milieus hätten schließlich die Entfremdung von SPD bzw. Gewerkschaften durch deren Regierungsbeteiligung sowie die Kommerzialisierung der Freizeitkultur bewirkt. Ein vergleichender Blick auf Rostock ergab starke Gemeinsamkeiten. Unterschiede zeigten sich hinsichtlich der Gleichbehandlung von Frauen dort sowie in einer höheren Aufstiegsmobilität – Rostock wies ein traditionelles Milieu mit „Zuwachs an Autonomie“ auf. Als Gesamtergebnis ließ sich für die Bundesrepublik ein Milieueinbruch in den 60er Jahren, für die DDR eine Milieutradierung mit Autonomiegewinn festhalten. In der Diskussion wurde dieses Resultat als wesentlich für den Verlauf der BRD- bzw. DDR-Geschichte und forschungsrelevant gewertet.

Daran anschließend führte *Heinz Niemann* (Bergfelde) durch „Auskünfte über die DDR – nach Meinungsumfragen der 60er/70er Jahre“ in die Problematik einer speziellen Quellengruppe ein: Meinungsforschung als Quelle für Geschichte von unten. Trotz der 1979 im Archiv des DDR-Instituts für Meinungsforschung betriebenen Quellenvernichtung – die Daten seien von 1964 an solide erhoben, aufgrund der Ergebnisse sei die Arbeit jedoch durch Honecker eingestellt worden – gelang es dem Referenten, 35 erhaltengebliebene Berichte aufzufinden. Resümierend stellte Niemann fest, zwar sei ein hohes Maß an Quellenkritik erforderlich, doch bilden die Unterlagen insgesamt eine wesentliche Quelle: Sie ermöglichen den Zugriff auf punktuelle Ansichten, ohne eine Überformung durch nachträgliche Erinnerungskonstruktionen.

Andreas Tietze (Berlin) referierte zum Schulbereich über „Die Anfänge der polytechnischen Bildung in der DDR im Spiegel pädagogischer Erfahrungsberichte (1953-1959)“. Die Quellenbasis entstand im Auftrag des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts und sollte der Einführung/Ausgestaltung des polytechnischen Unterrichts, aber auch dessen propagandistischer Popularisierung dienen. Tietze stellte zwei ausgewählte, jedoch, da in der Zeitschrift „Pädagogik“ veröffentlichte, nicht repräsentative Berichte vor. Er verwies auf die Mehrdimensionalität der Anliegen der Texte, hervorgehoben wurden die den Betrieben nunmehr zugewiesene Funktion im Bildungssystem sowie die positiv gewertete Ausweitung der Rolle der Arbeiter in den pädagogischen Bereich.

Die anschließende Diskussion prägte eigenes Erleben mancher Teilnehmer mit. Zwar war der Quellenwert der Berichte heftig umstritten, deren „Leuchtturmfunktion“ wurde unterstrichen, doch zugleich auf die ansonsten schlechte Quellenlage verwiesen.

Die erste Nachmittagsrunde galt dem Themenfeld „*Nachlässe und andere Archiv-Bestände – Quellen für die Sicht auf Arbeiterbewegung von unten*“. Zunächst stellte *Ise*

Fischer (Bonn) in einem Überblick die relevanten Unterlagen des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung vor. In den insgesamt über 1.000 Nachlässen und Deposita finden sich wichtige Quellen zur Alltagsgeschichte, zu Arbeiterlebenswelten, Tagebücher (überwiegend nichtproletarischer Verfasser) und autobiographische Texte auch nichtprominenter Personen, wobei männliche Autoren überwiegen. Das Material stammt aus dem Zeitraum seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, vereinzelt sind bereits Zugänge aus der DDR vorhanden. Es erschließen sich Perspektiven auf Sozialisations- und Arbeitserfahrungen, NS- und Widerstandserlebnisse, Einblicke auch in christliche und kommunistische Milieus. Der Umfang der Quellen ist höchst unterschiedlich, oft sind sie grob, zum Teil noch unerschlossen, mitunter ist die Nutzung eingeschränkt. Zu den Schriftquellen treten noch 800.000 Fotos, von denen 160.000 bereits digitalisiert vorliegen. Generell gilt, daß Frauen betreffende Zeugnisse in den Beständen schlechter vertreten sind.

Die Dokumentation von Frauengeschichte betreibt das „Archiv der deutschen Frauenbewegung“, dem *Mirjam Sachse* ihren Beitrag widmete. Das 1984 in einer Initiative „von unten“ durch Frauen gegründete Archiv, das an den Forschungs- und Lehrbetrieb der Universität in Kassel angeschlossen ist, sammelt Texte und Fotos aus dem Zeitraum 1800 bis 1967; die neuere Frauenbewegung wird berücksichtigt, sofern sie rückbezogen ist. Neben Nachlässen und Organisationsakten sind 900 Periodika und eine Bibliothek vorhanden, auch Zugänge erfolgen zu diesen, z. B. für Themensammlungen. Das Archiv gibt die Zeitschrift „Ariadne“ in bislang 50 Nummern mit heftweise wechselnden Themenschwerpunkten heraus und ist in der Bildungsarbeit tätig.

Dem „Archiv der neuen sozialen Bewegungen“ und verwandter Einrichtungen galt der Vortrag von *Bernd Hüttner* (Bremen). Es gebe viele ähnliche Archive mit einer großen Sammelbreite in Deutschland. Während Bewegungsarchive oft eher Bibliotheken glichen, stelle eine kleinere Gruppe eigenständiger, themenbezogener und regionaler Archive meist große Sammlungen auf und bilde so „Gedächtnisarchive“. Die Sammlungsschwerpunkte bildeten Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter und Plakate. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit dieser Archive seien oft schlecht, materielle Engpässe gefährdeten die Überlieferungstradition. Der Referent regte an, die Fixierung auf Schrifttum zu überwinden und die Sammlungen auf neue Medien auszudehnen. Zeitzeugeninterviews seien allerdings mit den beschränkten Möglichkeiten nicht durchzuführen.

Abschließend wurde ein Paper von *Grit Ulrich* (Berlin) zum SAPMO-Bestand des Bundesarchivs verlesen, demzufolge dort nur wenige Nachlässe von „einfachen“ Vertretern der Arbeiterbewegung vorhanden sind. Es gebe jedoch in zahlreichen Nachlässen Informationen zur NS-Zeit und zur Emigration. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß personenbezogene VVN-Akten viel zu biographischen Aspekten beitragen, Reichsgerichtsakten im Bundesarchiv gelegentlich ertragreiche Polizeiquellen enthielten.

Ein abschließendes Podiumsgespräch erörterte „*Individuelle Quellen (Briefe, Tagebücher, Interviews, Meinungsumfragen, Erinnerungen) und biographische Forschung als Quellen für die Sicht auf Arbeiterbewegung von unten. Probleme der Methodik*“.

Elke Scherstjanoi (Berlin) widmete sich den Quellengruppen Briefe und Tagebücher im Kontext von Alltagsgeschichte. Die mit den 1930er Jahren anschwellende Korrespondenz mit Nahgruppenbezug (Familie etc.) – auch eine Folge der wachsenden Mobilität – sah die Referentin als besonders in Umbruchphasen bedeutsam an. Als Massenphänomen böten Briefe, deren Themenhintergrund häufig ein gestörter Alltag sei, zeitnahen Einstieg in verbreitete Massenstimmungen mit Bezug auf Alltagslagen. Als spezifische Gefahr im Umgang mit diesen Quellen erscheinen deren punktueller Charakter, die Authentizitätssuggestion sowie die vom Nutzer leicht ausgeblendete Selektivität und jeweilige Zwecksetzung der Schreiben. Besonders kritisch zu betrachten sei in dieser Hinsicht Feldpost, die auf die Etablierung eines störungsfreien Kontaktes ausgerichtet und überdies mit Blick auf die Zensur verfaßt sei.

In seinen anschließenden Ausführungen gab *Roland Gröschel* einen Werkstattbericht zur Interviewnutzung auf der Basis von 380 narrativen lebensgeschichtlichen Interviews. Das Quellenmaterial wird durch eine mit verständnis- und lückenorientierten Nachfragen gestützte freie Erzählung des Probanden gewonnen, die in einem weiteren Schritt um projektbezogene Themenfragen ergänzt werden kann. Die Interpretation des Materials erfolgt auf drei Ebenen. Bei der Auswertung im Sinne der oral history steht die quellenkritische Aufmerksamkeit im Vordergrund, der sozialwissenschaftlichen Deutung ist es um „methodisch kontrolliertes Fremdverstehen“ zu tun. Das textanalytisch-hermeneutische Vorgehen zielt auf „eigenes Potential“ der Erzählung – die subjektiv tragende Botschaft. Ziel des Verfahrens sei, die individuelle Konstruktion von Sinn nachzuvollziehen.

Simone Barck zog die Summe aus ihren Erfahrungen mit Erinnerungsberichten aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED im SAPMO-Bestand des Bundesarchivs. Zwar sei das Material für Arbeitergeschichte „von unten“ nutzbar, z. B. bezüglich der politischen Sozialisation der Erzähler, doch bleibe stets der Auftragscharakter zu bedenken, dem die Berichte ihre Entstehung verdanken. Die heterogenen Unterlagen seien das Ergebnis eines Kommunikationsprozesses und oft mehrerer Bearbeitungsstufen. Der zeitliche Abstand von rund 20 Jahren zum berichteten Geschehen, aber auch Selbstzensur seien zu berücksichtigen.

Heinz Niemann ergänzte seinen vorangegangenen Beitrag zu Meinungsumfragen unter Verweis auf Niklas Luhmann mit der Forderung, die eigene politische Position im Umgang mit den Quellen zu reflektieren. Er verwies auf die Gefahr einer Instrumentalisierung und regte eine diesbezügliche methodische Erneuerung auf marxistischer Grundlage an.

In ihrem Schlußbeitrag wandte sich *Ulla Plener* der biographischen Forschung als wesentlichem Zugang zur Arbeiterbewegungsgeschichte zu. Aus eigenen Forschungen zog sie zwei Schlüsse: Die Motive der Hinwendung zur Arbeiter-

bewegung freizulegen und die jeweiligen Entscheidungen in der Spaltung der Bewegung in SPD und KPD nachzuvollziehen. Dies sei nur mit biographisch orientierten Ansätzen möglich. Darüber hinaus betonte die Referentin das Differenzierungspotential des biographischen Zugriffs. Die Diskussion galt der Fruchtbarkeit biographischer Zugänge als Ansatz zu kollektiven/typischen Zügen in Arbeiterzusammenhängen.

Überblickt man die Tagung insgesamt, so fällt auf, daß der Bereich der Quellenproblematik in den allermeisten Beiträgen angesprochen wurde, bei vielen im Vordergrund stand. Dies kann nicht verwundern, ist doch das Medium des „Alltags“ bereits definitorisch das Unauffällige, Flüchtige. Hier nun Perspektiven aufgezeigt zu haben macht jenseits der Einzelergebnisse einen Hauptertrag der Tagung aus. Es zeigte sich, daß – quellenkritische Sorgfalt vorausgesetzt – eine große Vielfalt von Quellenbeständen zur Verfügung steht, die zu großen Teilen bislang zumindest in dieser Dimension kaum oder nicht genutzt worden sind.

Bürger-Engagement für vergessene NS-Opfer:

Die Verbrechen des Nationalsozialismus lassen sich nicht auf den Holocaust reduzieren. Nach den europäischen Juden werden die

Sowjetischen Kriegsgefangenen

mit über drei Millionen Toten zur zweitgrößten Opfergruppe der Nazis gezählt.

Viele wurden aus rassistischen und ideologischen Beweggründen ermordet, die meisten kamen durch Hunger, Kälte und Seuchen ums Leben.

Als Zwangsarbeiter wurden sie bis zum Tode ausgebeutet.

Not und Elend bestimmen bis heute ihr Leben. Die Rente reicht häufig nur für das Allernotwendigste – ärztliche Behandlungen gehören nicht dazu.

Nachdem 2003 die Rechtsschutzanträge ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener vom Berliner Verwaltungsgericht und danach vom Oberverwaltungsgericht Berlin zurückgewiesen wurden, rufen wir zu Spenden für die vom Gesetzgeber nicht berücksichtigten ehemaligen Kriegsgefangenen auf.

Nach monatelangem Ringen um die Steuerbefreiung unserer Spenden für Bürger Russlands, die als sowjetische Kriegsgefangene härtesten Repressionen ausgesetzt waren, hat am 9. August 2005 die „Kommission für Fragen der internationalen humanitären und technischen Hilfe bei der Regierung der Russischen Föderation“ unsere humanitäre Hilfe anerkannt.

Damit waren auch in Russland die Voraussetzungen geschaffen, um mit der Auswahl der Spendenempfänger beginnen zu können.

Spenden auch Sie für die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen!

Spendenkonto: Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00,
(für Überweisungen aus dem Ausland: IBAN: DE48 1009 0000 3065 5990 06, BIC: BEVODEBB),
Kontonummer 306 55 99 006 / Kennwort „Kriegsgefangene“